

# Lieber mit oder ohne?

## Die Sicht der Eltern auf Jugendschutzprogramme

Stephan Dreyer und Daniel Hajok

### Anmerkungen:

1

Der komplette Ergebnisbericht der Studie kann als Arbeitspapier des Hans-Bredow-Instituts online abgerufen werden (vgl. Dreyer u. a. 2012). Methodisch folgt die Untersuchung dem Desktop-Research-Ansatz. Dabei wurden vorhandene Studien, Umfragen und Forschungspublikationen der letzten fünf Jahre systematisch ausgewertet, soweit sie Rückschlüsse auf die Kenntnisse über, die Erwartungen an und die Nutzung von Jugendschutzsoftware durch Eltern in Deutschland zulassen oder sich aus ihnen Aussagen zu den Informationsquellen und Wissensdefiziten der Eltern ableiten lassen.

2

Neben den KIM-Studien des Medienpädagogischen Forschungsverbands Südwest (MPFS), zu denen dankenswerterweise auch einige Sonderauswertungen der Fragen zu Filterprogrammen zur Verfügung gestellt wurden, sind das vor allem die vom europäischen Forschungsnetzwerk EU Kids Online 2010 durchgeführte Studie *Risks and Safety on the Internet. The Perspective of European Children*, die im Spätsommer 2011 durchgeführte Studie des ZDF/Hans-Bredow-Instituts *Jugendschutz aus Sicht der Eltern* sowie die Ende November 2011 von forsa durchgeführte Umfrage *Jugendschutzprogramme aus Sicht der Eltern*.

Mit der offiziellen Anerkennung von zwei Jugendschutzprogrammen durch die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) sind die technischen Hilfsmittel, auf die bisher viele Hoffnungen des Jugendmedienschutzes im Internet gesetzt wurden, doch noch ins Zentrum des Interesses geraten. Da kommt eine aktuelle Studie des Hans-Bredow-Instituts<sup>1</sup> gerade zur rechten Zeit. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde hier vor allem der Frage nachgegangen, welche Kenntnisse zu und Erwartungen an Jugendschutzsoftware Eltern haben und inwieweit sie die technischen Hilfsmittel bei der Internetnutzung ihrer Kinder einsetzen.

Jugendschutzsoftware gibt es seit vielen Jahren (nur eben noch nicht staatlich anerkannt), und der Umgang der Eltern mit diesen Programmen ist zentral oder neben anderen Jugendschutzaspekten bereits erforscht worden. Führt man die Ergebnisse unterschiedlicher Studien<sup>2</sup> zusammen, erfährt man bereits einiges darüber, wie viele Eltern überhaupt Jugendschutzsoftware kennen, welche Vorstellungen und Erwartungen sie gegenüber solchen Filterlösungen haben und in welchem Umfang solche Programme in den Familien eingesetzt werden. Der nachfolgende Artikel gibt einen kurzen Überblick über die bisherigen Erkenntnisse, die erste Aufschlüsse über die Potenziale der nun offiziell anerkannten Jugendschutzprogramme geben und für eine erfolgreiche Etablierung dieses Instruments des Jugendschutzes im Internet fruchtbar sein können. Im Zentrum steht aber nicht, was die „neuen“ Programme tatsächlich Neues leisten, sondern was die Anwender – die Eltern – in ihren

Erziehungskontexten theoretisch und praktisch damit anfangen können. Der Staatsvertragsgeber geht hier von einer aktiven Verantwortungsübernahme der Erziehenden und einem bewussten Einsatz des Schutzinstruments in den Familien aus – nur unter dieser Voraussetzung scheinen die mit der Anerkennung faktisch einhergehenden Absenkungen der Schutzvorkehrungen auf Anbieterseite gerechtfertigt. Dass sich die Eltern grundsätzlich ihrer Verantwortung bewusst sind, bestätigte sich erst kürzlich wieder: Beim Schutz von Kindern und Jugendlichen vor ungeeigneten Internetangeboten sehen Eltern vor allem sich selbst in der Pflicht – und erst dann die gesellschaftlichen Institutionen von Bildung und Erziehung sowie staatliche Behörden und natürlich die Internetanbieter (vgl. forsa 2011). Dies passt in das Gesamtbild, dass Eltern auch die Verantwortlichkeit für Jugendmedienschutz allgemein zuerst bei sich verorten (vgl. Hasebrink u. a. 2012).

## Vom Wissen und Nichtwissen

Eltern können Jugendschutzprogramme natürlich erst dann bei der Internetnutzung ihrer Kinder einsetzen, wenn sie von deren Existenz wissen. Hier sind Defizite nicht zu übersehen. Zwar haben die mit Abstand meisten schon einmal von Jugendschutzsoftware gehört (vgl. forsa 2011; ZDF/Hans-Bredow-Institut 2011), nur knapp die Hälfte weiß aber um deren grundsätzliche Bedeutung (vgl. ZDF/Hans-Bredow-Institut 2011). Selbst bei den Eltern, deren Kinder das Internet zu Hause tatsächlich nutzen, sind die Kenntnisdefizite weit verbreitet und haben in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen (vgl. MPFS 2011, 2009). Das muss allerdings nicht zwangsläufig auf ein zunehmendes Desinteresse hinweisen, sondern kann auch einfach damit zu tun haben, dass Eltern in den letzten Jahren nicht in dem Maße von Jugendschutzprogrammen Kenntnis erlangt haben, wie ihre Kinder das Netz für sich erschlossen haben. Der Hintergrund: Das Einstiegsalter hat sich in den letzten Jahren deutlich nach unten verschoben. Nach den aktuellsten Zahlen vom Ende des Jahres 2011 nutzen bereits die meisten 6- bis 8-Jährigen das Internet, und bei den noch jüngeren Kindern, den 3- bis 5-Jährigen, haben schon zwei von fünf Kindern Interneterfahrung (vgl. forsa 2011). Dass es sich hier um Angaben der Eltern handelt, deutet zudem an, dass sie sich der Onlinenutzung ihrer Kinder nicht nur bewusst sind, sondern sie auch nicht grundsätzlich ablehnen.

In den angeführten Studien finden sich daneben erste Hinweise, inwieweit die Kenntnisse von weiteren Faktoren beeinflusst sind: So scheinen Väter, denen auch in anderen Kontexten eine höhere Technikaffinität zugesprochen wird, eher Kenntnis von Jugendschutzprogrammen zu haben als Mütter und höher gebildete Eltern eher von den technischen Lösungen zu wissen als niedriger gebildete. Unabhängig davon hat natürlich auch die persönliche Nähe zum Internet einen Einfluss: Je mehr die Eltern selbst das Internet nutzen, desto mehr Kenntnis haben sie auch von Jugendschutzprogrammen (vgl. ZDF/Hans-Bredow-Institut 2011). Doch was steckt dahinter? Erfahren die Erziehenden vor allem aus dem Internet von den technischen Schutzmöglichkeiten, die es dort gibt? Oder ist die eigene Internetnutzung auch mit einem gesteigerten Problem- und Gefahrenbewusstsein verbunden?

Diese Fragen sind bislang noch unbeantwortet geblieben. Ebenso wenig ist bekannt, weshalb auch die Eltern, die Jugendschutzprogramme bereits heute in der eigenen Erziehungspraxis einsetzen, oftmals gar nicht wissen, welche Programme installiert sind bzw. wie sie genau heißen und welchen Schutz sie im Einzelnen leisten (vgl. MPFS 2011; ZDF/Hans-Bredow-Institut 2011). Ein Stück weit dürfte dieser Umstand damit zu tun haben,

dass es nach wie vor noch keinen Marktführer gibt, der „in aller Munde“ ist und sich aufgrund seiner herausgehobenen Stellung in breiten Kreisen etabliert hat. Auf dem Markt, auf den PCs Heranwachsender und auch in den Frageitern der wenigen Studien zum Thema gibt es recht unterschiedliche Bezeichnungen für Softwarelösungen, die nutzerseitig auf dem Internet-PC installiert sind bzw. nutzerautonom gesteuert werden, um den Zugang zu unerwünschten Internetinhalten zu blockieren. Die Rede ist hier von Kinder- und Jugendschutzsoftware, Filtersoftware, Filterprogrammen, Jugendschutzprogrammen, Inhaltsfiltern, Filtersystemen und technischen Vorkehrungen zur Filterung.<sup>3</sup> Einige wenige offiziell anerkannte Jugendschutzprogramme, auf die in zukünftigen Informationskampagnen und öffentlichen (Fach-) Diskussionen gezielt fokussiert wird, könnten ein signifikanter Schritt nach vorne sein und in Bereichen weit verbreiteter Kenntnisdefizite (siehe Abb. 1) Besserung bewirken.

<sup>3</sup> Keineswegs immer können die Softwarelösungen von anderen technischen Lösungen (unternehmensbezogene Not-Suitable-For-Work-Filterlisten, Monitoringsoftware, Zeitkontrollsoftware, Antivirussoftware, Securitysoftware, Spamschutzsoftware, Pop-up-Blocker, Firewallsoftware oder ISP-seitige Filterlösungen) abgegrenzt werden, weil sie z. T. mehrere Funktionalitäten vereinen.

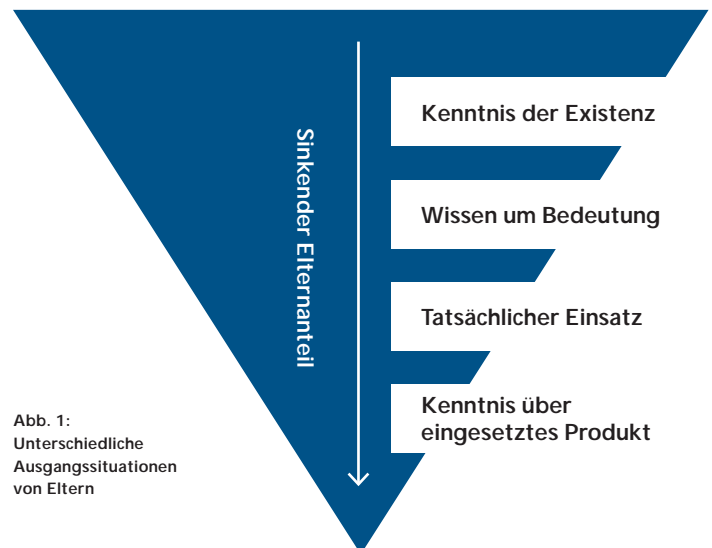


Abb. 1:  
Unterschiedliche  
Ausgangssituationen  
von Eltern

## Von Wünschen und Erwartungen

Es war in dieser Klarheit nicht unbedingt zu erwarten, aber die bisherige Forschung lässt kaum Zweifel zu: Jugendschutzsoftware trifft bei den Eltern – theoretisch und grundsätzlich – auf eine breite Akzeptanz (vgl. Dreyer u. a. 2012). Unabhängig davon, ob die Eltern Jugendschutzsoftware tatsächlich kennen oder schon einmal genutzt haben, finden es nahezu alle wichtig, dass es Programme gibt, die verhindern sollen, dass Kinder und Jugendliche im Internet mit ungeeigneten Inhalten in Kontakt kommen. Auch mit Blick auf die eigene Erziehungspraxis sind sich die mit Abstand meisten Erziehenden – jüngere wie ältere, niedriger gebildete wie höher gebildete – darüber einig, dass Jugendschutzsoftware ein wichtiges Hilfsmittel sein kann. Drei von vier Eltern

4

ZDF-Studie 2011: 25 % aller Haupterziehenden 3- bis 17-Jähriger, 54 % der Haupterziehenden, die Jugendschutzprogramme kennen; EU Kids Online 2010: 25 % der Eltern von 9- bis 16-Jährigen; KIM-Studie 2010: 21 % der Haupterziehenden von 6- bis 13-Jährigen auf dem Computer, den das Kind am häufigsten nutzt (in den veröffentlichten Ergebnissen werden versehentlich 14 % ausgewiesen); forsa-Studie 2011: 25 % der Eltern, die schon einmal davon gehört haben, haben diese auch schon selbst genutzt.

sehen darin sogar ein Instrument, das zu ihren persönlichen Erziehungsgrundsätzen passt (vgl. forsa 2011).

Blickt man weg von der konkreten Ebene der kontroversen Diskussionen und wendet sich grundsätzlicher den Anwendern in ihren Erziehungskontexten zu, dann ist festzustellen, dass der theoretische Ansatz von Jugendschutzprogrammen aus Sicht der Eltern keinesfalls fehlerhaft ist. Vielmehr haben die Programme tatsächlich das Potenzial, auf Elternseite in der Breite eingesetzt zu werden.

Auch was den Schutzzweck von Filterprogrammen betrifft, liegen die Vorstellungen von Eltern und Jugendschützern erstaunlich nahe beieinander (ebd.). Fast alle Eltern sind der Meinung, dass Jugendschutzsoftware Heranwachsende auf jeden Fall vor Gewaltdarstellungen, Pornografie und extremistischen Inhalten schützen soll. Deutlich weniger richten hier ihren Blick auf den Bereich „Werbung“, der auch im Fachdiskurs eher als Thema des Verbraucher- statt des Jugendschutzes gesehen wird. Die Botschaft an offiziell anerkannte Jugendschutzprogramme, wie sie nun angeboten werden, scheint damit eindeutig: Wollen diese nicht über kurz oder lang Eltern Erwartungen enttäuschen, dann sollten sie nicht nur von ihren Gesamtfilterquoten her, sondern auch bezogen auf die einzelnen inhaltlichen Jugendschutzkriterien ganze Arbeit leisten. Es wäre fatal, wenn die Eltern irgendwann erfahren müssen, dass die auf dem PC ihres Kindes installierten Programme zwar fast jeden pornografischen Inhalt herausfiltern, aber jedes dritte Angebot mit drastischer Gewalt oder mit Extremismus durchlassen.

Die jugendschutzrelevanten Inhalte fest im Blick, sind die meisten Eltern auch der Meinung, dass gerade Kinder nur mit installiertem Schutz- oder Filterprogramm im Internet surfen sollten. Allerdings weisen die KIM-Studien der letzten Jahre hier auf eine zunehmende Skepsis hin, ob das wirklich der generalisierbare „richtige“ Weg ist, um die Jüngsten ans Internet heranzuführen: Meinten 2006 noch 77 % der Haupterziehenden, deren 6- bis 13-jährige Kinder das Internet zu Hause faktisch nutzten, dass Kinder nur dann im Internet surfen sollten, wenn ein Schutz- oder Filterprogramm installiert ist, waren es 2008 und 2010 merklich weniger (66 % bzw. 64 %) (vgl. MPFS 2011, 2009, 2007). Vermutlich haben viele der Eltern, deren Kinder in den letzten Jahren begonnen haben, sich das Internet zu erschließen, ein (noch) geringes Bedürfnis, bereits die ersten „Gehversuche“ im Netz mit technischen Hilfsmitteln zu beschränken.

Geht es bei den Fragen weniger um Wünsche und Akzeptanz, sondern um die konkreten Erwartungen an Jugendschutzsoftware, sind deutliche Abstriche im Hinblick auf die Wirksamkeit auszumachen – auch das ist ein Ergebnis der letzten KIM-Studien: Nur ein Drittel der Haupterziehenden, deren Kinder zu Hause tatsächlich einen internetfähigen PC nutzen, ist überzeugt davon, dass Kinder das Internet bei installiertem Filterprogramm

unbesorgt nutzen können. Und in der ZDF-Studie aus dem letzten Jahr hielt nur ein knappes Drittel der befragten Eltern Jugendschutzsoftware für wirksam (vgl. ZDF/Hans-Bredow-Institut 2011). Mit Blick auf Nutzerfreundlichkeit und Praktikabilität kritisieren jeweils um die 30 % der Eltern, dass Filterprogramme zu wenig nach dem Alter unterscheiden, zu teuer oder aber zu kompliziert zu installieren sind und die eigene Nutzung zu sehr einschränken (vgl. MPFS 2011).

### Von Einsatzquoten und Zielgruppen

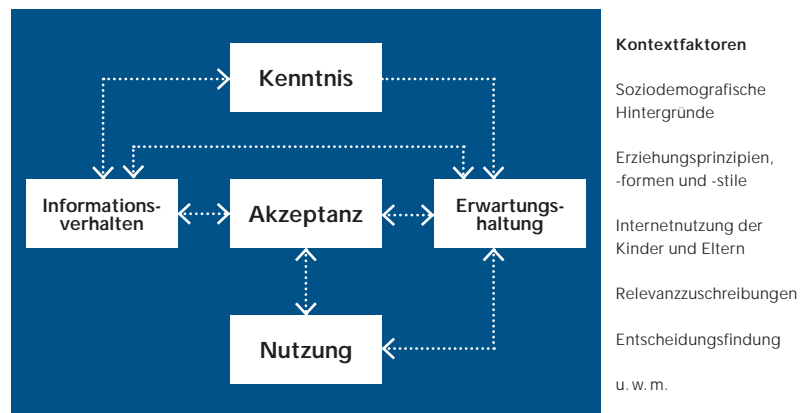
Die wohl spannendste Frage im Hinblick auf die Erfolgsaussichten offiziell anerkannter Jugendschutzprogramme ist die nach den realistisch erreichbaren Einsatzquoten. Denn erst wenn eine „kritische Masse“ von Eltern die Programme tatsächlich einsetzt, haben die Internetanbieter ausreichend Anreize, ihre Inhalte unter Jugendschutzgesichtspunkten zu kennzeichnen und dadurch dem ganzheitlich gedachten Konzept der Jugendschutzprogramme zu Wirksamkeit zu verhelfen (vgl. Dreyer/Hajok 2012). Vor diesem Hintergrund ist der Blick auf die Frage, in welchem Maße die Eltern bereits heute auf das Instrument Jugendschutzsoftware vertrauen und die verschiedenen Lösungen auch ohne offizielle KJM-Anerkennung bei der Internetnutzung ihrer Kinder einsetzen, von besonderer Wichtigkeit.

Lässt man sich von den abweichenden Ergebnissen aktueller Studien, die mit ihren eigenen Begrifflichkeiten und Operationalisierungen arbeiten und unterschiedliche Personengruppen befragen (Erwachsene mit Kindern im Haushalt, Eltern, Haupterziehende), nicht allzu sehr abschrecken, dann lässt sich sagen: Etwa ein Viertel aller Eltern setzt bereits Filterprogramme ein, um die Minderjährigen vor ungeeigneten Internetinhalten zu schützen.<sup>4</sup> Verglichen mit den Einsatzquoten in anderen Ländern ist das Mittelmaß. Ob in Großbritannien und Irland oder bei unseren direkten Nachbarn Frankreich, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden: In diesen Ländern machen Eltern seit Jahren häufiger von Jugendschutzsoftware Gebrauch als hierzulande (vgl. European Commission 2008; Livingstone/Helsper 2008; Livingstone u. a. 2011; Steiner/Goldoni 2011). Dennoch werden auch in Ländern mit vergleichsweise hohen Einsatzquoten nicht technische Schutzmaßnahmen, persönlich ausgesprochene Verbote und Reglementierungen deutlich häufiger angewandt als Filterprogramme oder Monitoringsoftware, mit denen die Eltern die Internetnutzung ihrer Kinder (nachträglich) kontrollieren.

Bemerkenswert ist die rückläufige Tendenz beim Einsatz von Filterprogrammen in den letzten Jahren: Gaben 2006 noch knapp zwei Fünftel der befragten Haupterziehenden von 6- bis 13-Jährigen an, Filterprogramme für die Internetnutzung ihrer Kinder zu nutzen, war es

2008 noch jeder Vierte und 2010 nur noch jeder Fünfte. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil der Eltern, deren Kinder ohne Aufsicht im Internet surfen dürfen, von 34 % auf 41 % (vgl. MPFS 2007, 2009, 2011). Über die Gründe für den Rückgang der elterlichen Kontrolle erstens im Allgemeinen und der Nutzung von Filtersoftware zweitens im Speziellen kann bislang nur spekuliert werden. Ersteres kann mit dem immer früheren Internetzugang von Kindern zu tun haben, der von immer mehr Eltern als „normal“ angesehen wird; die vormals für das unbekannte (Meta-) Medium Internet gesteigerte Risikowahrnehmung relativiert sich mit der Etabliertheit der Internetnutzung. Auch hat sich die Angebotslage in den letzten Jahren deutlich verändert: Es gibt heute eine Vielzahl von speziellen, z. T. geprüften und als unbedenklich oder sogar empfehlenswert eingestuften Angeboten für Heranwachsende. Letzteres könnte ein Indiz dafür sein, dass Eltern die Möglichkeiten und Grenzen von Filtersoftware heute realistischer einschätzen. Vielleicht hat aber auch die schwarz-weiß geführte öffentliche Debatte über Sinn und Zweck von Jugendschutzsoftware zu einer Verunsicherung der Eltern geführt.

Schaut man sich die Zahlen zum Einsatz von Jugendschutzprogrammen in den Familien noch etwas genauer an, dann ist nicht zu übersehen, dass das Alter der Kinder eine zentrale Rolle spielt. Den größten Schutzbedarf haben in erster Linie die Eltern älterer Kinder und jüngerer Jugendlicher, also wenn elterliche Kontrolle und das Durchsetzen von Regeln ohnehin schwieriger werden und die Kinder das Internet bereits selbstverständlich nutzen. Legt man die aktuellsten, von anderen Untersuchungen in der Gesamttendenz bestätigten Zahlen zugrunde, dann steigt die Nutzung von Filterprogrammen mit zunehmendem Alter der Kinder im Haushalt zunächst an (3 bis 5 Jahre: 14 %; 6 bis 8 Jahre: 23 %; 9 bis 11 Jahre: 33 %), hat ihren Höhepunkt bei Heranwachsenden zwischen 12 und 14 Jahren (36 %) und geht bei Jugendlichen dann wieder zurück (15 bis 17 Jahre: 32 %) (vgl. forsa 2011). Diese Tendenz ist in ihrem Verlauf weitgehend deckungsgleich mit der vom Alter der Kinder abhängigen Akzeptanz von Jugendschutzsoftware, den auf die Internetnutzung der Kinder bezogenen elterlichen Sorgen (vgl. ZDF/Hans-Bredow-Institut 2011; Hasebrink u. a. 2012) sowie der Anschlussfähigkeit mit den persönlichen Erziehungskonzepten (vgl. forsa 2011). Abgesehen davon deutet sich in mehreren Untersuchungen an, dass höher gebildete Elternteile Filterprogramme eher einsetzen als niedrig gebildete (vgl. MPFS 2011; Livingstone u. a. 2011; Easting u. a. 2006.). Mit Blick auf die Potenziale der nun auf dem Markt erhältlichen offiziell anerkannten Jugendschutzprogramme erscheint eine niedrigschwellige Informationsvermittlung angezeigt, wobei explizit auch die Familien in bildungsfernen Milieus in den Blick genommen werden sollten.



## Fazit

Bei all den Einblicken, die mit den Ergebnissen bisheriger Forschung gegeben werden konnten: Wir wissen praktisch nichts darüber, wie die Beziehungen, Abhängigkeiten und Voraussetzungen der einzelnen Ebenen „Kenntnis“, „Informationsverhalten“, „Erwartungshaltung“, „Akzeptanz“ und „Nutzung“ im Einzelnen aussehen (siehe Abb. 2). Wie genau beeinflussen die bestehenden Kenntnisse das Informationsverhalten und die Erwartungshaltung von Eltern? Wie hängen Informationsverhalten, Akzeptanz und Erwartungshaltung zusammen, was gibt letztlich den Ausschlag dafür, dass Eltern Jugendschutzsoftware tatsächlich einsetzen? Die verschiedenen Dimensionen wurden bislang für sich und auf wesentliche Bestimmungsmomente reduziert erforscht. Das „Ökosystem“ Jugendschutzsoftware im familiären Alltag ist aber interindividuell different ausgeprägt und von weiteren Kontextfaktoren (angewandte Erziehungsstile, Familiensituation, Mediennutzungsweisen etc.) beeinflusst. Aktuell ist dieser Gesamtzusammenhang geprägt von den Kenntnisdefiziten der Eltern und dem Artikulieren von Informationsbedarf. Trotz der relativ großen Akzeptanz gegenüber Jugendschutzprogrammen als technische Hilfsmittel sind die Erziehenden (noch) nicht von deren Wirksamkeit überzeugt. Am sinnvollsten erachten sie den Einsatz bei der Internetnutzung älterer Kinder und jüngerer Jugendlicher – und hier offenbar mehr als einen Ersatz für das eigene aktiv-begleitende Handeln und weniger als dessen sinnvolle Ergänzung.

**»Trotz der relativ großen Akzeptanz gegenüber Jugendschutzprogrammen als technische Hilfsmittel sind die Erziehenden (noch) nicht von deren Wirksamkeit überzeugt.«**

Ziel muss es daher sein, Eltern durch gezielte Informationen das Schutzkonzept Jugendschutzprogramm sowie die grundsätzliche Funktionsweise mitsamt Einsatzmöglichkeiten und -grenzen zu verdeutlichen, damit sie sich auf einer ausreichenden Informationsbasis bewusst für oder gegen die technischen Hilfsmittel entscheiden können und dabei auch die eigenen Erziehungskonzepte im Blick behalten. Die Entscheidung dafür wird über kurz oder lang zu der Einsicht führen, dass der Einsatz der Programme die Auseinandersetzung zwischen Eltern und Kindern nicht ersetzt und nicht ersetzen kann, sondern im besten Fall eine innerfamiliäre Auseinandersetzung über erwünschte und unerwünschte Netzinhalte zwischen Eltern und Kindern in Gang setzt. Die den Jugendschutzprogrammen immanente Nutzerautonomie gibt den Erziehenden nicht nur die Möglichkeit, ihren persönlichen Erziehungskonzepten und den speziellen Bedürfnissen ihrer Schützlinge entsprechende Einstellungen, Anpassungen und Ausnahmen vorzunehmen, sie wird die Eltern – angeregt von ihren Kindern – auch dazu zwingen.

#### Literatur:

**Dreyer, S./Hajok, D.:**

*Jugendschutzprogramme: Aktueller Forschungsstand zur Nutzung und Akzeptanz bei Eltern.* In: JMS-Report, 2012/1, S. 2–5

**Dreyer, S./Hajok, D./Hasebrink, U./Lampert, C.:**

*Jugendschutzsoftware im Elternhaus: Kenntnisse, Erwartungen und Nutzung. Stand der Forschung.* Hamburg 2012. Abrufbar unter: [http://www.hans-bredow-institut.de/webfm\\_send/639](http://www.hans-bredow-institut.de/webfm_send/639)

**Eastling, M. S./Greenberg, B. S./Hofschire, L.:**

*Parenting the Internet.* In: Journal of Communication, 56/2006/3, S. 486–504

**European Commission:**

*Towards a Safer Use of the Internet for Children in the EU – a Parents' Perspective. Analytical report. Flash Eurobarometer 248.* 2008. Abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_248\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_248_en.pdf)

**forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH:**

*Jugendschutzprogramme aus Sicht der Eltern* (unveröffentlichter Ergebnisbericht vom 2. Dezember 2011, Tabellenband vom 6. Dezember 2011). Berlin 2011

**Hasebrink, U./Schröder, H.-D./Schumacher, G.:**

*Kinder- und Jugendmedienschutz aus Sicht der Eltern. Ergebnisse einer repräsentativen Elternbefragung.* In: media Perspektiven, 1/2012, S. 18–30

**Livingstone, S./Haddon, L./Görzig, A./Ólafsson, K.:**

*Risks and Safety on the Internet. The Perspective of European Children.* LSE, London: EU Kids Online 2011. Abrufbar unter: [http://www2.lse.ac.uk/media@lse/research/EUKidsOnline/EU%20Kids%2011%20\(2009-11\)/EUKidsOnlineReports/D4FullFindings.pdf](http://www2.lse.ac.uk/media@lse/research/EUKidsOnline/EU%20Kids%2011%20(2009-11)/EUKidsOnlineReports/D4FullFindings.pdf)

**Livingstone, S./**

**Helsper, E. J.:**  
*Parental Meditation of Children's Internet Use.* In: Journal of Broadcasting & Electronic Media, 52/2008/4, S. 581–599

**Medienpädagogischer**

**Forschungsverbund Südwest [MPFS] (Hrsg.):**  
*KIM-Studie 2006. Kinder + Medien, Computer + Internet. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger.* Stuttgart 2007

**Medienpädagogischer**

**Forschungsverbund Südwest [MPFS] (Hrsg.):**  
*KIM-Studie 2008. Kinder + Medien, Computer + Internet. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger.* Stuttgart 2009

**Medienpädagogischer**

**Forschungsverbund Südwest [MPFS] (Hrsg.):**  
*KIM-Studie 2010. Kinder + Medien, Computer + Internet. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger (inkl. unveröffentlichte Sonderauswertung zum Einsatz von Filterprogrammen und den Einstellungen der Eltern).* Stuttgart 2011

**Steiner, O./Goldoni, M.:**

*Medienkompetenz und medienerzieherisches Handeln von Eltern. Eine empirische Untersuchung bei Eltern von 10- bis 17-jährigen Kindern in Basel-Stadt.* Basel/Olten 2011

**ZDF/Hans-Bredow-Institut:**

*Jugendmedienschutz aus Sicht der Eltern. Kurzbericht über eine Studie des Zweiten Deutschen Fernsehens.* Mainz 2011. Abrufbar unter: [http://www.hans-bredow-institut.de/webfm\\_send/626](http://www.hans-bredow-institut.de/webfm_send/626)

Stephan Dreyer ist wissenschaftlicher Referent am Hans-Bredow-Institut für Medienforschung.



Dr. Daniel Hajok ist Kommunikations- und Medienwissenschaftler und in der Arbeitsgemeinschaft Kindheit, Jugend und neue Medien (AKJM) engagiert.

